



Max-Planck-Institut
für Bildungsforschung

Ausbildungslosigkeit: Bedingungen und Folgen mangelnder Berufsausbildung

*Selbstständige Nachwuchsgruppe der
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der
Wissenschaften e.V.*

Projektmitglieder

Dr. Heike Solga, Leiterin
Dietmar Hobler, Diplomand
Kai Maaz, Diplomand
Lisa Pfahl, Diplomandin
Justin J.W. Powell, Doktorand
Sandra J. Wagner, Doktorandin

Laufzeit: 1.2000-12.2004

www.mpib-berlin.mpg.de/en/forschung/nwg/

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung
(Max Planck Institute for Human Development)
Lentzeallee 94
14195 Berlin – Dahlem

Tel 030 824 06-0 Fax 030 824 9939

Stand 05.2002

Fragestellung & Schwerpunkte des Projekts

Eine der gängigen Argumentationen, die wir in der Politik, den Medien, aber auch aus den Reihen der Wissenschaft hören, ist: Unqualifizierte haben die höchste Arbeitslosenquote und dies sei vor allem dadurch verursacht, dass es (1) immer weniger Arbeitsplätze für Ungelernte gibt und geben wird und dass sie (2) in der Konkurrenz um die knappen Arbeitsplätze aufgrund ihrer geringeren Qualifikation vom Arbeitsmarkt verdrängt werden. Die Ursache scheint klar zu sein: nämlich fehlende Qualifikation. Insofern liegt es nahe, in der "beruflichen Qualifizierung" die zu favorisierende Problemlösung zu sehen.

Diese Argumentation weist zwei wesentliche Mängel auf. Erstens thematisiert sie nur, was mit den Jugendlichen ohne Ausbildung geschehen sollte, wenn sie denn nun einmal da sind. Zweitens reduziert sie das Problem in unzulässiger Weise auf nur eine Dimension, nämlich die Qualifikation. Unberücksichtigt bleibt hingegen: (1) warum es überhaupt noch Jugendliche ohne Ausbildung gibt, und (2) dass die Selektion nach formaler Qualifikation kein Naturgesetz, sondern erst Folge sozialen Handelns ist.

Zentrale Schwerpunkte des Projektes sind:

1. Warum gibt es überhaupt noch Jugendliche, die keine Ausbildung absolvieren?
(siehe Teilprojekte: Justin Powell, Sandra Wagner)
2. Was tun wir – die Gesellschaft und nicht die fehlende Qualifikation – mit ihnen, wenn sie denn da sind?
(siehe Teilprojekt: Heike Solga)

Erster Schwerpunkt

Warum gibt es und wer sind "Jugendliche ohne Ausbildung" – wenn doch fast 90% ihrer Altersgenoss(inn)en eine abschließen? Dieser Sachverhalt ist nicht allein der Tatsache geschuldet, dass es zu wenige Ausbildungsplätze gibt. Hier wird über Ausbildungsöffensiven auf Bundes- und Länderebene sehr viel getan, und im Prinzip wäre es denkbar, dass jeder Jugendliche eine Ausbildung – und sei es eine außerbetriebliche oder rein schulische Ausbildung – erhält. Doch ein Teil dieser Jugendlichen bemüht sich, wie Untersuchungen des

Bundesinstituts für Berufsbildung zeigen, gar nicht erst um eine Ausbildung oder bricht sie ab. Man könnte demzufolge meinen, es sind die individuellen Dispositionen dieser Jugendlichen, es ist ihr individuell gewähltes Schicksal. Damit ist allerdings noch nicht die Frage beantwortet, warum sie dies tun.

Folgt man zwei amerikanischen Wissenschaftlern, Richard Herrnstein und Charles Murray (*The Bell Curve: Intelligence and Class Structure in American Life*, 1994), dann läge die Erklärung in einer geringeren Intelligenz dieser Personengruppe. Doch bereits durch die Ergebnisse von "Bildungsprozesse und psychologische Entwicklung im Jugendalter (BIJU)" (Projekt des MPI für Bildungsforschung, http://www.biju.mpg.de/index_engl.htm) wissen wir, dass Schulen als differenzielle Entwicklungsmilieus einen wesentlichen Anteil an der unterschiedlichen Kompetenzausbildung von Kindern und Jugendlichen haben. Ferner zeigen Arbeiten des amerikanischen Sozialpsychologen Melvin Kohn (z.B. *Persönlichkeit, Beruf und soziale Schichtung*, 1981), dass Anforderung und Förderung seitens der sozialen Umwelt wesentlich die Entwicklung kognitiver und sozialer Kompetenzen mitbestimmen. Insofern kann es nicht oder zumindest nicht nur unterschiedliche Intelligenz sein, die bestimmt, wer eine Ausbildung macht und wer nicht, wer dazu die notwendigen Kompetenzen und Motivationen entwickeln kann und wer nicht.

Soziologisch stellt sich hier die Frage, warum es sozialstrukturell bestimmte Gruppen sind, die hier wesentlich in ihren Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt sind. Die tieferliegende soziologische Frage ist: Durch welche gesellschaftlichen Faktoren wird diese Gruppe "produziert"? Im Mittelpunkt unserer Untersuchungen stehen:

- das segregierte deutsche Bildungssystem als "Produzent" unterschiedlicher Qualifikationsgruppen und Schultypen als "institutionalisiert" ungleiche Lern- und Sozialisationsumwelten
- die Bedeutung der familiären Ressourcen für das "Durchlaufen" des deutschen Schul- und Ausbildungssystems.

Jugendliche ohne Berufsausbildung. Der Einfluss der Bildungsexpansion und bildungsinstitutioneller Strukturen in Westdeutschland auf die soziale Zusammen- setzung einer Bildungsgruppe, 1949–2000

Sandra J. Wagner, jwagner@mpib-berlin.mpg.de

Die Dissertation untersucht die Interdependenz von familiären Herkunftsbedingungen und dem Bildungsverlauf von Jugendlichen ohne berufliche Ausbildung. Damit soll in dieser Arbeit nach der Genese von Benachteiligung marginalisierter Jugendlicher ohne berufliche Ausbildung in Westdeutschland, ihren familiären Herkunftsbedingungen und der Entwicklung des Bildungssystems seit 1949 bis in die 90er Jahre gefragt werden. Einzubeziehen sind gleichfalls die Krise des Arbeits- und Lehrstellenmarktes, die Beharrungs- und Veränderungstendenzen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung sowie der Arbeitsmarktsegmentation.

Zentrale Hypothesen für die empirische Analyse

1. Sozio-ökonomische Selektion: Die Gruppe der deutschen Jugendlichen ohne berufliche Ausbildung ist in bezug auf ihre soziale Herkunft und familiären Umweltbedingungen homogener geworden.
2. Kulturell-ethnische Ungleichheit: Im Unterschied dazu wird erwartet, dass eine Selektion nach sozio-ökonomischer Herkunft für ausländische Jugendliche weit weniger stattfindet. Vielmehr wäre für die Gruppe der ausländischen Jugendlichen ohne berufliche Ausbildung nicht deutscher Herkunft zu vermuten, dass hier eine ethnische Zugehörigkeit von größerer Bedeutung ist. Mechanismen der kulturellen Selbst- wie Fremdselektion sollten hier vor allem durch die ethnische, weniger durch die sozio-ökonomische Zugehörigkeit bestimmt sein.
3. Veränderung des schulischen Sozialisationskontextes: „Jugendliche ohne Ausbildung“ sind zunehmend Haupt- und Sonderschüler(innen). Mit der Bildungsexpansion sind Hauptschulen sozial homogener geworden, so dass sich die Kompensation sozial benachteiligter Familienverhältnisse im Schulkontext verschlechtert. Mitschüler(innen) und deren Eltern stellen nun weit weniger kompensatorische Sozialisationsagenturen dar.

Methodik

1. Inter-Kohorten-Vergleich: soziale Zusammensetzung der Gruppe der „Jugendlichen ohne berufliche Ausbildung“ und deren historische Veränderung;
2. Intra-Kohorten-Vergleich: Familiäre Herkunft von „Jugendlichen ohne Ausbildung versus Jugendlichen mit Lehrausbildung (Referenzkategorie).

Grenzen der Inklusion: Die Institutionalisierung von sonderpädagogischem Förderbedarf in Deutschland und den USA, 1970–2000

Justin Powell, powell@mpib-berlin.mpg.de

Seit den 1960er Jahren wurden in Deutschland und den USA als behindert klassifizierte Kinder vermehrt in das Bildungssystem integriert, wobei das Spektrum dieser „Integration“ von segregierenden Sonderschulen bis zur vollen Inklusion in Regelklassen reicht. In beiden Ländern zielen Bildungsreformen und -debatten zunehmend weniger darauf, ob und wie diese Kinder integriert werden sollen, sondern in welchen institutionellen Strukturen. Die unterschiedliche Institutionalisierung von sonderpädagogischem Förderbedarf spiegelt das jeweilige Bildungswesen, vor allem dessen Selektionsprozesse und Zertifikate wider. Zwar wächst der Konsens, behinderte und nicht-behinderte Kinder gemeinsam zu erziehen, jedoch sind diese Reformbestrebungen durch institutionelle, bürokratische und professionelle Beharrungskräfte erschwert worden. Seit den 1970er Jahren entwickelten sich die Integration in Regelschulen (bzw. Inklusion in Regelklassen) zwischen und innerhalb den föderalen Schulsystemen auseinander. In den USA besuchen heute nahezu 95% aller Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine Regelschule; in den meisten deutschen Bundesländern sind es weniger als 10%.

Anhand von Fallstudien zur Bildungspolitik sowie von Aggregatdaten über Sonderschulen wird gezeigt, wie diese institutionellen Strukturen sich entwickelten. Erstens werden der soziale Mechanismus der Klassifizierung, der die Selektionsprozesse der Sonderschulüberweisung legitimiert, und der historische Wandel sozial konstruierter Kategorien des sonderpädagogischen Förderbedarfs analysiert. Zweitens wird die Institutionalisierung dieses Förderbedarfs – innerhalb und außerhalb der Regelschulen – und die Bildungspolitik auf nationaler und regionaler Ebene verglichen.

Die Folgen dieser Prozesse zeigen sich bei den Bildungszertifikaten: drei Viertel aller als behindert klassifizierten Schüler/innen der USA erhalten einen „high school“ Abschluss. Dagegen verlassen nahezu 80% aller Sonderschulabgänger in Deutschland die Schule ohne Hauptschulabschluss. Jedoch gibt es in beiden Bildungssystemen starke regionale Unterschiede in der Klassifizierungspraxis und Institutionalisierung des sonderpädagogischen Förderbedarfs. In beiden Ländern werden soziale Ungleichheiten, trotz Antidiskriminierungsgesetzen und Bildungsreformen, noch immer durch (sonder-)pädagogische Institutionen früh im Lebensverlauf produziert und legitimiert.

Zweiter Schwerpunkt Langfristige Konsequenzen von Ausbildungs- losigkeit im jungen Erwachsenenalter

Dr. Heike Solga, solga@mpib-berlin.mpg.de

In einer bildungszentrierten und zunehmend gebildeteren Gesellschaft erhält Bildung eine neue Schlüsselfunktion bei der Regulierung von Selektionsprozessen am Arbeitsmarkt. Jene, die keine berufliche Ausbildung vorweisen können, bilden heute eine „norm-abweichende“ Minderheit. Mit dem Verweis auf technologischen Fortschritt und die erhöhte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt infolge der radikalen Verknappung von Arbeit wird ihre heutige Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt über Bildung legitimiert. Das Projekt hat zwei zentrale Fragestellungen: (1) Arbeitsmarktintegration und (2) Lebensbedingungen außerhalb des Arbeitsmarktes.

1. Arbeitsmarktintegration

Hier wird untersucht, unter welchen Bedingungen Ausbildungslosigkeit zu Benachteiligungen am Arbeitsmarkt führt. Haben Personen ohne Ausbildung generell schlechtere Erwerbschancen oder nur unter bestimmten Arbeitsmarktbedingungen? Handelt es sich bei Ausbildungslosigkeit um ein generelles oder historisch definiertes Bildungsdefizit auf dem Arbeitsmarkt? Wird die zunehmende Marginalisierung von Ungelernten durch die Anhebung des Bildungsniveaus der deutschen Bevölkerung oder durch eine veränderte Qualifikationsstruktur der Arbeitsplätze verursacht (Niveau- oder Struktureffekt)? Dazu wird die Arbeitsmarktintegration von Personen ohne Ausbildungsabschluss in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950 untersucht. Für unterschiedliche Geburtsjahrgänge werden der Berufseinstieg von Ungelernten, ihre Erwerbsverläufe sowie ihre Möglichkeiten eines späteren Qualifikationserwerbs analysiert. Die zentrale These lautet: Ausbildungslosigkeit führt nicht per se zu einer Marginalisierung am Arbeitsmarkt. Die funktionale Irrelevanz oder Überflüssigkeit von Ungelernten definiert sich erst in Relation zum Arbeitsangebot (Qualifikationsstruktur der Erwerbsbevölkerung) und zur Arbeitsnachfrage (Quantität und Qualität der verfügbaren Arbeitsplätze).

2. Lebensbedingungen außerhalb des Arbeitsmarktes

Analysiert wird, ob und inwieweit erst ihre Benachteiligung am Arbeitsmarkt zu sozialer Ausgrenzung führt. Gespiegelt an den jeweils historisch gegebenen Arbeitsmarktchancen der Ungelernten wird so exploriert, inwieweit feststellbare Anderartigkeiten ihrer Lebensführung dem Status „ungelernt“ oder erst ihrer Ausgrenzung am Arbeitsmarkt zuzurechnen sind. Es werden dabei die Familienbeziehungen (z.B. ihre Heiratschancen und -muster, die Geburt von Kindern, Scheidungsrisiken u.a.), die sozialen Netzwerke von Ungelernten sowie ihre Partizipation am gesellschaftlichen Leben (z.B. ihre kulturellen und gesellschaftlichen Aktivitäten sowie ihr Demokratieverständnis) untersucht.